

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

COUNTRY	East Germany	REPORT	[REDACTED]	25X1
SUBJECT	Bulletin of the East German Ministry of Construction	DATE DISTR.	9 MAY 1957	
		NO. PAGES	1	
		REQUIREMENT NO.	RD	
DATE OF INFO.	[REDACTED]	REFERENCES		25X1
PLACE & DATE ACQ	[REDACTED]			

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

[REDACTED] official
bulletin of the East German Ministry of Construction (one bound booklet).

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC						
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 1. Dezember 1956

Nr. 23

INHALTSVERZEICHNIS

A. Allgemeiner Teil		Seite		Seite
50. Verlängerung von Dienst- und Betriebsausweisen	1	118. Fachschulabendstudium für Haustechnik	4	
51. Neufestsetzung der Zinssätze für kurzfristige Kredite an die volkseigene Wirtschaft	1	119. Erfahrungsaustausch über Unfallgefahren und Anleitung zur Verhütung von Unfällen (Informationsschreiben Nr. 36 der Hauptinspektion für Arbeitsschutz und technische Sicherheit)	4	
52. Buchungsanweisung zur Finanzierung von Investitionen aus Krediten der Deutschen Investitionsbank	1	120. Projektierung von Zentralheizungsanlagen	5	
53. Richtlinien zur Prämierung von besonderen Leistungen bei der Durchführung von Exportaufträgen oder Aufträgen über Lieferungen für den innerdeutschen Handel vom 5. 11. 1956	2	121. Zementverbrauch — Dienstanweisung Nr. 242 vom 18. 10. 56	6	
B. Besonderer Teil		122. Angabe der Leistungspositionsnummer bei Anwendung des Festpreiskataloges für Bauhauptleistungen	6	
I. Technik und Entwurf		123. Fachgebiete der zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik	6	
113. Zulassung zur Herstellung baukünstlerischer, bau- oder ingenieurtechnischer Entwürfe, Planbearbeitungen oder Ausführungsunterlagen — Anordnung vom 4. 4. 1956 (GBl. I S. 334) —	3	124. Änderung des Investitionsplanes	8	
114. Anordnung zur bautechnischen Projektierung für das Planjahr 1957 — Durchführung der Baugrunduntersuchung —	4	125. Durchführung von Vermessungsarbeiten durch die Vermessungsdienste	8	
115. Ausübung der Gütekontrolle bei Projekten über Werksbahnen	4	126. Richtlinien und Kennziffern für den Bau von Theatern	8	
116. Anweisung zu § 3 der Anordnung vom 21. 4. 1956 über die Senkung des Holzverbrauchs im Bauwesen	4	II. Baustoffindustrie		
117. Einbeziehung der Hoch- und Fachschulen für Bauwesen in Prüfungsaufgaben des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung — DAMW —	4	56. Anlaufkredite für die private Ziegelindustrie	8	
		57. Spezialdichtungsbahnen	9	
		III. Bauindustrie		
		58. Planung und Durchführung von Baggerarbeiten	9	
		59. Richtlinie für die Arbeit der Neuerer-Kollektive in der örtlichen volkseigenen Bauindustrie	9	
		60. Finanzierung von Mehrkosten der Schlechtwetterregelung aus der Zeit vom 1. 2. bis 29. 2. 1956	10	

A. Allgemeiner Teil

50. Verlängerung von Dienst- und Betriebsausweisen.

Die Dienstaussweise und Betriebsausweise behalten ohne Verlängerungsvermerk für das 1. Quartal 1957 ihre Gültigkeit.

51. Neufestsetzung der Zinssätze für kurzfristige Kredite an die volkseigene Wirtschaft.

Auf Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 18. 10. 1956 treten ab 1. November 1956 folgende neue Zinssätze für kurzfristige Kredite in Kraft:

1. Für RE-Kredite (außer Handel),

für Saisonkredite (außer Handel) und für Sonderkredite für alle Zweige der Wirtschaft
2. Für RE-Kredite im Handel, 3,6 %
für Saisonkredite im Handel und für Kredite für Verrechnungsdokumente in allen Zweigen der Wirtschaft 1,8 %.

52. Buchungsanweisung zur Finanzierung von Investitionen aus Krediten der Deutschen Investitionsbank.

A. Bereitstellung des beantragten Kredites durch die DIB

1. Eingang der von der DIB ausgereichten Mittel auf dem Sonderbankkonto „Zweckgebundene

Achtung!

Diesem Heft liegen die „Erläuterungen für den Industriezweig „Bauindustrie“ zur Direktive für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1957“ als Beilage bei.

Achtung!

Mittel für den Grundmittelbereich" des Betriebes.

Buchungen:

- a) Per Konto 242 an Konto 942

Belege:

Kontoauszug, Überweisungsträger.

B. Inanspruchnahme des bereitgestellten Kreditbetrages

1. Eingang der Rechnung eines Lieferanten für eine Lieferung oder Leistung auf die Bestellung des Betriebes im Rahmen des genehmigten Kredites.

Buchungen:

- a) Per Konto 100 an Konto 95
b) Per Konto 190 an Konto 100
c) Per Konto 27. an Konto 9741 (0)

oder

Per Konto 0.. an Konto 95
Per Konto 27. an Konto 9040 (1)

Belege:

Eingangsbuchung.

2. Abrechnung eigener Teilleistungen über die Betriebsabrechnung

Buchungen:

- a) Per Konto 411 an Konto 40
b) Per Konto 190 an Konto 410
c) Per Konto 27. an Konto 9741 (0)

Belege:

Betriebsabrechnung, Buchungsbeleg.

3. Bezahlung der Lieferantenrechnung oder der Eigenleistungen des Betriebes aus dem Sonderbankkonto

Buchungen:

- a) Per Konto 95 an Konto 242
oder
b) Per Konto 220 an Konto 242

Belege:

Kontoauszug, Überweisungsträger

C. Fertigstellung der aus Kredit finanzierten Investitionen

1. Einsatz des Investitionsobjektes im Sinne des Kreditantrages

Buchungen:

- a) Per Konto 0... an Konto 190
b) Per Konto 9741 an Konto 9040

Belege:

Innerbetriebliche Meldung über Grundmittelzugang.

D. Tilgung des ausgereichten Kredites

1. Verpflichtung zur Rückzahlung eines Kreditbetrages gemäß Kreditvertrag.

Buchungen:

- a) Per Konto 33 an Konto 27..
b) Per Konto 942 an Konto 965
oder
c) Per Konto 942 an Konto 220

Belege:

Selbstausgestellter Buchungsbeleg auf der Grundlage des Kreditvertrages; gegebenenfalls unter Berücksichtigung der gem. 2. bereits gebuchten Beträge.

2. Verwendung von Abschreibungen als Teiltilgung (nur soweit im Kreditvertrag vorgesehen)

Buchungen:

- a) Per Konto 40 an Konto 0..
b) Per Konto 908 an Konto 27..
c) Per Konto 942 an Konto 965

Belege:

Selbstausgestellter Buchungsbeleg.

3. Überweisung der Tilgungsrate vom Bankkonto des Betriebes auf das Konto der DIB.

Buchungen:

- a) Per Konto 965 an Konto 220

Belege:

Kontoauszug, Überweisungsträger

E. Verzinsung des ausgereichten Investitionskredites

1. Abbuchung der Zinsen vom lfd. Konto des Betriebes durch Lastschriftaufgabe der DIB.

Buchungen:

- a) Per Konto 33.. an Konto 220

Belege:

Bankbeleg, Lastschriftaufgabe der DIB.

F. Unterschreitung des zur Verfügung gestellten Kreditlimits

1. Rückzahlung der überschüssigen Mittel lt. Abrechnung zum Darlehnsvertrag

Buchungen:

Per Konto 942 an Konto 242

Belege:

Abrechnung der Darlehnsinanspruchnahme mit der DIB.

53. Richtlinien zur Prämierung von besonderen Leistungen bei der Durchführung von Exportaufträgen oder Aufträgen über Lieferungen für den innerdeutschen Handel vom 5. November 1956.

Nach § 4 der Verordnung vom 18. Mai 1955 über Maßnahmen zur Prämierung von Werkträgern, die sich bei der Durchführung von Exportaufträgen oder Aufträgen über Lieferungen für den innerdeutschen Handel auszeichnen (GBl. I, S. 361), werden im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung, dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Holz für den Bereich des Ministeriums für Aufbau nachstehende Richtlinien erlassen:

§ 1

Erfüllen volkseigene Baustoffbetriebe und bautechnische Entwurfsbüros eine oder mehrere Voraussetzungen des § 1 der Verordnung vom 18. Mai 1955 über Maßnahmen zur Prämierung von Werkträgern, die sich bei der Durchführung von Exportaufträgen oder Aufträgen über Lieferungen für den innerdeutschen Handel auszeichnen, — GBl. I, S. 361 — so erfolgt die Prämierung der Betriebe und Entwurfsbüros durch den Minister für Aufbau bzw. bei volkseigenen örtlichen Baustoffbetrieben durch die Vorsitzenden der Räte der Bezirke aus den hierfür zur Verfügung stehenden Prämienfonds.

A. Baustoffindustrie

§ 2

1. Prämien im Sinne des § 1 der Verordnung vom 18. Mai 1955 können in Betrieben der Baustoffindustrie insbesondere die Beschäftigten erhalten, a) die zur Neuentwicklung von Exportprodukten oder durch eine Verbesserung der Qualität von Exporterzeugnissen zur Steigerung des Exportes beitragen, b) die einen von dem Ministerium für Aufbau als dringlich gekennzeichneten Exportauftrag, zu

- dessen Erfüllung nachweisbar besondere Anstrengungen notwendig waren, vorfristig und in der geforderten Qualität durchgeführt haben, ohne dabei die anderen Planaufgaben des Betriebes zu vernachlässigen,
- c) die sich bei der Entwicklung neuer Warenzeichen hervor getan und jedes in Betracht kommende Erzeugnis durch ein Warenzeichen geschützt oder sich erfolgreich um die Beseitigung von Patent- bzw. Warenzeichenschwierigkeiten bemüht haben,
 - d) die eine besondere Initiative bei zugelassenen Eigengeschäften entwickeln.
2. Die vorgenannten Festlegungen finden bei Leistungen im Rahmen des innerdeutschen Handels entsprechende Anwendung.

§ 3

Die Gewährung von Prämien können vorschlagen:

- a) die Werkdirektoren und Werkleiter,
- b) die Leiter der Hauptverwaltungen,
- c) der Leiter der Hauptabteilung Absatz,
- d) die zuständigen Organe des Außenhandels.

§ 4

1. Die Prämienvorschläge sind bei dem Leiter der zuständigen Hauptverwaltung einzureichen, der die Vorschläge unverzüglich mit seiner Stellungnahme an den Leiter der Hauptabteilung Absatz weiterleitet. Dieser prüft die Vorschläge unter Hinzuziehung der zuständigen Organe des Außenhandels und empfiehlt dem Minister innerhalb von zehn Tagen eine dem Ergebnis der Prüfung entsprechende Prämierung.
2. Die Vorschläge müssen folgende Angaben enthalten:
 - a) Bezeichnung des Betriebes,
 - b) Exportplanaufgabe und deren Realisierung,
 - c) Namen und Funktionen der auszuzeichnenden Mitarbeiter,
 - d) Darlegung der besonderen Leistungen dieser Mitarbeiter.
3. Volkseigene örtliche Baustoffbetriebe reichen ihre Vorschläge beim Rat des Bezirkes, Abteilung Aufbau, ein, die die Vorschläge unter Hinzuziehung der Außenhandelsorgane prüft und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes zur Entscheidung vorlegt.

§ 5

1. Der Minister für Aufbau und die Vorsitzenden der Räte der Bezirke können darüber hinaus aus den genannten Fonds für die zum Zwecke der Realisierung von Aufholeplänen durch die Exportausschüsse organisierten Wettbewerbe Prämien zur Verfügung stellen. Die Wettbewerbsbedingungen sind von den Exportausschüssen zu erarbeiten und die Anträge zur Prämierung der Wettbewerbsieger von den Exportausschüssen über den Leiter der HA Absatz dem Minister für Aufbau bzw. den Vorsitzenden der Räte der Bezirke zur Entscheidung vorzulegen.

§ 6

Stellen sich Betriebe selbst Aufgaben, die zur Erweiterung des Exportes ihrer Erzeugnisse führen, so entscheiden der Minister für Aufbau bzw. die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, ob und in welchem Umfang für die einwandfreie Erfüllung dieser Aufgaben Prämienmittel bereitgestellt werden.

B. Bautechnische Entwurfsbüros

§ 7

1. Der Prämienvorschlag des Entwurfsbüros für Industrie- und Bau, in dem die Projektierung erfolgt ist,

ist bei der HV Städtebau und Entwurf einzureichen.

2. Die bezirksgeleiteten Entwurfsbüros reichen ihre Prämienvorschläge beim Hauptarchitekten des Rates des Bezirkes ein. Der Hauptarchitekt gibt die Unterlagen mit seiner Stellungnahme zu § 9 an die HV Städtebau und Entwurf.
3. Dem Prämienvorschlag sind beizufügen:
 - a) ausreichende zeichnerische Unterlagen und Berechnungen
 - b) Nachweise und Erläuterungen der die Prämierung begründenden Merkmale
 - c) Stellungnahme des zuständigen Fachgruppenleiters
 - d) Stellungnahme des auftraggebenden Außenhandelsorgans
 - f) vom Brigadeleiter unterzeichnetes Protokoll.

Es muß Anzahl und Namen aller an der vorgelegten Arbeit unmittelbar und schöpferisch Beteiligten sowie ihren prozentualen Anteil und die ausdrückliche Versicherung der Richtigkeit der Angaben durch den Brigadeleiter enthalten.

§ 8

1. Bei Bedarf können weitere Gutachten von Spezialkräften von der Hauptverwaltung Städtebau und Entwurf angefordert werden. Sie kann insbesondere zur Beurteilung der Prämienwürdigkeit ein Gutachten der Zentraljury der Hauptverwaltung einfordern.
2. Die Hauptverwaltung Städtebau und Entwurf legt den Vorschlag mit einer begründeten Stellungnahme binnen einem Monat dem Minister vor.

§ 9

Die Vorschläge für eine Prämierung sind insbesondere als gegeben anzusehen, wenn:

- a) wichtige Auslandsprojektierungen unter schwierigen Verhältnissen vertragsgemäß erfüllt werden,
- b) Projekte erarbeitet werden, die dem Weltniveau entsprechen bzw. darüber liegen und dadurch zur Erweiterung des Exportes beitragen,
- c) hervorragende Einzelleistungen bei der Beratung ausländischer Auftraggeber oder für vorbereitende Arbeiten zur Durchführung von Auslandsvorhaben erbracht werden, die der Erweiterung des Exportes dienen.

§ 10

Diese Richtlinien gelten ab 1. November 1956.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

113. Zulassung zur Herstellung baukünstlerischer, bau- oder ingenieurtechnischer Entwürfe, Planbearbeitungen oder Ausführungsunterlagen.

— Anordnung vom 4. 4. 1956 (GBL I S. 334) —

Zu § 2 der Zulassungsanordnung wird im Einvernehmen mit dem Amt für Wasserwirtschaft bestimmt: Vor der Entscheidung über die Zulassung von Bewerbern auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft haben die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke die Zustimmung des Fachgüteingenieurs des zuständigen zentralgeleiteten VEB Wasserwirtschaft herbeizuführen.

114. Anordnung zur bautechnischen Projektierung für das Planjahr 1957.

— Durchführung der Baugrunduntersuchung —

Auf der Grundlage des gemäß der Anordnung des Ministeriums für Aufbau vom 1. Oktober 1956 anzu-

wendenden Entwurfs der Anordnung zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen wird für die Durchführung der Baugrunduntersuchung durch die im Ministerium für Aufbau und den Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke unterstellten bautechnischen Entwurfsbüros folgendes bestimmt:*)

Von dem Gutachten einer Baugrunduntersuchungsstelle soll abgesehen werden, wenn der Projektant die Baugrund-, Gründungs- und Grundwasserverhältnisse sicher beurteilen und die danach wirtschaftlichsten Gründungsmaßnahmen angeben kann. In diesem Falle ist ein entsprechender, von dem Projektanten unterschriebener Vermerk den Bestätigungsunterlagen beizufügen. Auf die Beibringung des Gutachtens einer Baugrunduntersuchungsstelle darf jedoch insbesondere in folgenden Fällen nicht verzichtet werden:

1. wenn die Gründung auf Auffüllungen erfolgt; wenn die Gründung auf Baugrund mit organischen Schichten erfolgt (Torf, Faulschlamm, Schlick usw., nicht Braunkohle); wenn die Gründung auf alluvialen Baugrund erfolgt (Talniederungen, Überschwemmungsgebiete von Wasserläufen, Küstengebiete usw.); wenn die Gründung auf sehr unregelmäßigen Baugrund erfolgt (horizontal oder vertikal stark wechselnde Schichtung); wenn die Gründung auf Baugrund mit stark geneigten Schichten erfolgt; in erdfällgefährdeten Gebieten.
2. bei setzungsempfindlichen Bauwerken mit Tragkonstruktionen aus Stahl oder Stahlbeton; bei turmartigen Bauwerken (Industrieschornsteinen); bei Brückenbauten; bei Wasserbauten; bei Erdbauten (Dämme, Einschnitte, Tunnel usw.); wenn besondere Lastkonzentrationen in einzelnen Abschnitten eines Bauwerkes auftreten; wenn Erschütterungen in den Baugrund eingeleitet werden, z. B. bei Gründung großer Maschinen.

Die Notwendigkeit der Wahl von Tief- oder Platten Gründungen ist stets durch Gutachten einer Baugrunduntersuchungsstelle nachzuweisen.

115. Ausübung der Gütekontrolle bei Projekten über Werksbahnen.

Bezug: Rundschreiben der HV Entwurf Nr. 27/54 vom 12. April 1954.

Durch Rundschreiben Nr. 27/54 der früheren HV Entwurf war, um die Anwendung der Grundsätze des wirtschaftlichen Werksverkehrs bei allen Entwürfen von Werksanlagen zu gewährleisten, die Gütekontrolle für Industriebahnanlagen einheitlich dem Entwurfsbüro für Industriebahnbau in Berlin übertragen worden. Die Gütekontrolle dieses Entwurfsbüros trat dadurch, beschränkt auf den verkehrstechnischen Teil, bis auf weiteres an die Stelle der Gütekontrolle des projektierenden Entwurfsbüros. Diese Maßnahme stellte lediglich eine Übergangsregelung dar, die in dem Maße abgebaut werden sollte, in dem die Entwurfsbüros mit bahntechnischen Projektierungskapazitäten selber Güteingenieure mit ausreichender bahntechnischer Erfahrung heranbildeten. Die Voraussetzungen für eine Aufhebung der zentralisierten bahntechnischen Gütekontrolle sind nunmehr nach Abstimmung mit dem Entwurfsbüro für Industriebahnbau und der Staatlichen Bauaufsicht für alle beteiligten Entwurfsbüros gegeben. Demgemäß wird die mit Rundschreiben Nr. L 27/54 angeordnete Vorlagepflicht aufgehoben. Die Entwurfsbüros üben auch für den bahntechnischen Teil des Projekts die Gütekontrolle selber aus. Es bleibt

*) Beachte die gegenüber der Vorabmittlung vorgenommenen Änderungen im Fettdruck!

ihnen überlassen, in besonderen Fällen die Gütekontrolle des Entwurfsbüros für Industriebahnbau einzuschalten.

116. Anweisung zu § 3 der Anordnung vom 21. April 1956 über die Senkung des Holzverbrauchs im Bauwesen (GBl. I S. 346)

Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 21/56 B I 109

In Absatz 2 der im Betreff bezeichneten Anweisung sind zwei sinnentstellende Druckfehler unterlaufen. Der Absatz 2 muß richtig wie folgt lauten:

„Bereitet das Abdichten von Spundwänden infolge starken Grundwasserandrangs besondere Schwierigkeiten oder müssen Bohlen nach Fertigstellung der Arbeit wieder gezogen werden, so kann die Genehmigung für die Verwendung von Holzspundbohlen durch die Beauftragten für Holzeinsparung in den Entwurfsbüros im Einverständnis mit der Gütekontrolle erteilt werden.“

117. Einbeziehung der Hoch- und Fachschulen für Bauwesen in Prüfungsaufgaben des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung (DAMW).

Zwischen dem Ministerium für Aufbau und dem Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung ist am 9. 10. 1956 ein Vertrag geschlossen worden, der den Baustoffprüfstellen der Hochschule für Bauwesen Cottbus sowie der Ingenieurschulen für Bauwesen Glauchau, Gotha, Neustrelitz und Zittau die Durchführung von Prüfungsaufgaben überträgt. Die Baustoffprüfstellen der vorgenannten Schulen sind Außenstellen des DAMW.

118. Fachschulabendstudium für Haustechnik

Der große Mangel an Ingenieuren in der volkseigenen Bauindustrie und in den volkseigenen Entwurfsbüros auf dem Gebiete der Haustechnik veranlaßt das Ministerium für Aufbau, ZA. Hoch- und Fachschulen, neben dem Tagesstudium an der Ingenieurschule für Bauwesen Erfurt, ein Abendstudium für die Ausbildung von Ingenieuren in der Fachrichtung Haustechnik einzurichten.

Der Beginn des Abendstudiums ist für Januar 1957 geplant.

Das Abendstudium wird an folgenden Fachschulen durchgeführt:

1. Ingenieurschule für Bauwesen Berlin, Berlin O 34, Straßmannstraße 14;
2. Ingenieurschule für Bauwesen Leipzig, Leipzig S 3, Raschwitzer Str. 15.

Die Leiter der volkseigenen Baubetriebe und volkseigenen Entwurfsbüros, die Mitarbeiter in der Fachrichtung Haustechnik (Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungstechnik) qualifizieren wollen, bitten wir, die Bewerbungsunterlagen bis spätestens 15. Dezember 1956 an die o. g. Ingenieurschulen einzureichen.

Nähere Auskünfte über die Voraussetzungen der Bewerber und über den Ablauf des 5jährigen Studiums sowie über Verkürzung des Studiums bei bestimmten fachlichen Voraussetzungen erteilen die Ingenieurschulen für Bauwesen Berlin und Leipzig, Abteilung Fern- und Abendstudium.

119. Erfahrungsaustausch über Unfallgefahren und Anleitung zur Verhütung von Unfällen (Informationsschreiben Nr. 36 der Hauptinspektion für Arbeitsschutz und technische Sicherheit)

Unfall beim Versetzen von Großblöcken

Eine Brigade wollte zwischen zwei am Vortage versetzte 1,74 m hohe und 1,20 m breite Großblöcke in der

3. Schicht einer 24 cm dicken Innenwand einen Block einfügen. Die Lücke an dieser Wandstelle war entstanden, weil der dafür bestimmte Block durch Beschädigung beim Transport unbrauchbar geworden war. Der als Ersatz vorgesehene Block konnte zunächst zwischen die auf beiden Seiten schon stehenden Blöcke nicht eingeführt werden, weil er einige Zentimeter zu breit war. Die Kollegen ließen den Block wieder hochziehen, absetzen und stemmten mehrere Zentimeter ab. Darauf führten sie den Block bis zur Lagerfuge ein, ließen ihn aber wieder um ca. 30-40 cm anheben, weil der Block infolge außermittiger Befestigung der Ösen nicht lotrecht hing und unten ca. 4 cm vor der Flucht stand.

Der Kollege, der dann verunglückte, ging auf die andere Seite, legte eine Leiter an und wollte mit einem 1 m langen Brechisen auf der Leiter stehend den Block in die Flucht zwicken.

Der Kranführer ließ ab, — der auf dem Stahlrohrgerüst stehende Kollege sah am schwebenden Block die Wirkung des Zwickens mit der Brechstange und bemerkte gleichzeitig, wie der rechts von ihm stehende Block abkippte. — Er rief seinen Kollegen zu: „Reißt aus, die Blöcke fallen“. Da stürzten die beiden rechts und links vom einzufügenden Block stehenden Großblöcke ab; der einzufügende Block blieb am Kran hängen. Der Kollege, der den Block durch das Brechisen in die Flucht zwicken wollte, wurde durch die stürzenden Blöcke auf der Stelle getötet.

Die Untersuchung des Unfalles ergab, daß nicht allein durch die geringe Schrägstellung des einzufügenden Blockes quer zur Wandebene und die zu seiner Geraderichtung ausgeübten Horizontalkräfte der Unfall eingetreten sein kann. Es muß angenommen werden, daß beim Ablassen des Blockes ein Verklemmen zwischen den beiderseitig stehenden Nachbarblöcken stattgefunden hat. Hierzu kann auch unter Umständen das Zwicken mit dem Brechisen beigetragen haben. Je nachdem, wo die Verklemmungspunkte beim Ablassen auftraten, können auch weitere Seitenkräfte entstanden sein, die das Umkippen begünstigten. Ungünstig kann sich auch ausgewirkt haben, daß die Stoßfugen zwischen den am Vortage versetzten Blöcken noch nicht mit Mörtel ausgefüllt waren; dies gilt allerdings nur für den Block auf der einen Seite, auf der anderen Seite des einzufügenden Blockes stand ohnehin nur ein einzelner Wandblock ohne Verbindung mit anderen Bauteilen. Auch durch die nicht ebenen abgestemmenen Stoßflächen kann ein Verklemmen begünstigt worden sein.

Zur Vermeidung weiterer Unfälle beim Versetzen von Großblöcken ist folgendes erforderlich:

1. Die Blöcke sind der Reihe nach zu versetzen. Soweit das Einfügen einzelner Blöcke zwischen bereits bestehende Wandteile unerlässlich ist, z. B. bei Türgewänden oder bei Schlußblöcken, ist die Maßhaltigkeit vor dem Versetzen des Blockes nachzuprüfen; die Fugen im anschließenden Großblockmauerwerk müssen vermörtelt und soweit erhärtet sein, daß bereits ein Zusammenhang in der Wand sichergestellt ist, andernfalls sind Absteifungen vorzunehmen.
2. Beim Versetzen der oberen Schichten des Großblockmauerwerkes ist von standsicheren Arbeitsbühnen aus zu arbeiten.
3. Mit dem Aufsetzen neuer Schichten darf erst begonnen werden, wenn der Mörtel in der darunterliegenden Schicht ausreichend erhärtet ist; hierauf ist besonders bei kalter Jahreszeit, die eine Verzögerung der Abbindung mit sich bringt, zu achten.
4. Um das einwandfreie, möglichst gefahrlose Versetzen der Blöcke zu ermöglichen, ist in den Betonwerken besonderer Wert auf rechtwinklige Herstellung und Maßhaltigkeit zu legen. Die an der Bau-

stelle angelieferten Blöcke sind auf ihre Maßhaltigkeit bzw. Einhaltung der zugelassenen Toleranzen zu überprüfen. Blöcke, die diesen Ansprüchen nicht genügen, sind zurückzuweisen.

5. Beim Versetzen der Blöcke mit Zangen muß strikt darauf geachtet werden, daß die Aufhängung in der senkrechten Schwerachse erfolgt, damit die Blöcke lotrecht hängen. Die Zangen zum Versetzen der Blöcke sind künftig so zu konstruieren, daß sie sich beim Absetzen nicht selbständig öffnen.
6. Sofern Ösen zur Aufhängung der Blöcke eingebaut werden, ist in den Betonwerken besonders darauf zu achten, daß die Aufhängepunkte genau symmetrisch zur senkrechten Schwerachse angeordnet werden, damit die Blöcke lotrecht hängen.
7. Beim Versetzen der Großblöcke mit dem Kran ist besonders darauf zu achten, daß jeder Schrägzug vermieden und nur senkrecht gehoben und abgesetzt wird.
Die Blöcke müssen mit dem Kran solange gehalten werden, bis sie sicher stehen und lot- und fluchtgerecht versetzt sind.
8. Wände, die ohne besondere Absteifung oder Sicherungsmaßnahmen hochgeführt werden, müssen mindestens 19 cm dick sein. Die Höhe der Wandblöcke von 19 cm Dicke darf 1,40 m nicht überschreiten. Bei größeren Wanddicken soll das Verhältnis der Blockdicke zur Blockhöhe nicht größer als 7,5 sein. In diesen Fällen ist weiterhin nachzuweisen, daß unter Berücksichtigung eines Winddruckes von $1,2 \times 30 \text{ kg} = 36 \text{ kg/m}^2$ oder einer Seitenkraft von 50 kg am oberen Blockende wirkend, noch eine 1,3fache Kippsicherheit im Montagezustand vorhanden ist.
9. Wände, Wandteile, Pfeiler, Blöcke, Stützen usw. die den Anforderungen der Standsicherheit unter Ziffer 8 nicht entsprechen, müssen im Bauzustand gegen Kippen durch besondere Maßnahmen (Absteifungen usw.) gesichert werden. In diesen Fällen ist vom Entwurfsbetrieb im Montageplan anzugeben, daß Sicherungsmaßnahmen gegen Kippen im Bauzustand durchzuführen sind.
10. Bei geschlossenen Wänden, die in mehreren Schichten montiert werden, soll die Blockhöhe 1,50 m nicht überschreiten. Außerdem darf in diesen Fällen die Blockhöhe nicht wesentlich höher als die Blockbreite sein.

120. Projektierung von Zentralheizungsanlagen

Die Entwurfsbüros werden auf die Anordnung vom 30. August 1956 über die Einführung der Materialeinsatzliste Nr. 144 — Radiatoren, Rippenrohre, Konvektoren- (Sonderdruck Nr. 174a des Gesetzblattes) aufmerksam gemacht. Danach dürfen Zentralheizungen nach folgender Maßgabe eingebaut werden:

1. Bei industriellen Vorhaben
 - a) in Montage- und Werkhallen ausschließlich Wandluftherhitzer;
 - b) in Anbauten an Montage- oder Werkhallen Radiatoren oder Rippenrohre, wenn Luftheizung aus technischen Gründen nicht möglich oder zweckmäßig ist. Einzelheizung ist dann vorzuziehen, wenn der Anschluß an das Heizungsnetz zu aufwendig ist;
 - c) in mehrstöckigen Produktionsgebäuden bei Großräumigkeit Wandluftherhitzer oder zentrale Luftheizung, nur in äußersten Fällen örtliche Zentralheizung (Konvektoren, Rippenrohre oder Radiatoren);
 - d) in Gebäuden von Industrieanlagen, in denen Explosionsstoffe oder feuergefährliche Stoffe gelagert oder verarbeitet werden, örtliche Zentral-

heizung, sofern eine andere Zentralheizung (Warmflütherhitzer oder Warmluft) nicht vertretbar ist;

- e) in größeren Wasch- und Umkleideanlagen sowie Kultur- und Speisesälen grundsätzlich Luftheizung (Einzel- oder Zentralluftheizung) mit Um- luft- und nach Erfordernissen Frischluftzuführung. Die dafür erforderlichen Lüftungskammern und Kanäle sind unter größter Einsparung von Metallen auszuführen.

2. Bei sozialen, gesellschaftlichen und Kulturbauten

- a) in Krankenhäusern, Sanatorien und Polikliniken Radiatoren;
- b) in Verwaltungsgebäuden, Wohngebäuden, Schulen, Kulturhäusern (ohne Versammlungsräume), Warenhäusern Konvektorenheizung bzw. Radiatoren;
- c) in den großen Räumen der Theater, Versammlungsräumen, Museen und in den Eingängen von Warenhäusern Luftheizung.

In allen vorgenannten Fällen sind, soweit nicht Luft- heizung in Betracht kommt, vorzugsweise keramische Radiatoren oder Konvektoren einzubauen. Will der Projektant anstelle von Warmluftheizung (Druckluft) in den für diese Heizungsart vorgesehenen Fällen keramische Radiatoren oder Rippenrohre (Konvek- toren) verwenden, so bedarf er hierzu der Zustimmung des Güteingenieurs des Entwurfsbüros. Dieser hat unter Abwägung aller Umstände des Einzelfalles über die an- zuwendende Heizungsart zu entscheiden.

Die Dienstanweisung Nr. 220 vom 15. März 1956 („Ver- fügungen und Mitteilungen“ Nr. 6/1956) und Nr. 8 vom 26. Februar 1953 sind damit gegenstandslos geworden.

121. Zementverbrauch

Dienstanweisung Nr. 242 vom 18. Okto- ber 1956.

In der Dienstanweisung Nr. 227 vom 23. 6. 1956 betr. Zementverbrauch (B I 80 der Verfügungen und Mit- teilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 16 vom 20. 8. 1956) sind Anordnungen für die sparsamste Ver- wendung von Zementen und hydraulischen Misch- bindern gegeben worden.

Der Erfolg dieser Maßnahmen wird noch dadurch beeinträchtigt, daß weiterhin Zement für Betonkon- struktionen projektiert und verbraucht wird, die ebensovoll ohne oder mit weniger Zement und mit anderen verfügbaren Baustoffen hergestellt werden könnten.

In Ergänzung der Dienstanweisung Nr. 227 wird daher mit Gültigkeit bis zum 31. 12. 1957 folgendes angeord- net:

1. Bei der Wahl des Konstruktionssystems im Vor- projekt oder Projekt ist der Zementbedarf für Beton- und Stahlbetonkonstruktionen zu überprü- fen. Es sind die Lösungen mit möglichst geringem Zementbedarf zu bevorzugen.
2. Auf allen Entwurfsunterlagen für Betonkonstruk- tionen sind die Güteklassen des Betons anzugeben. Der Materialbedarf ist durch die Entwurfsbüros nach dem technisch begründeten Materialver- brauchsnormen zu ermitteln.
3. Kellerwände von Wohngebäuden und der gesell- schaftlichen Bauten in traditioneller Bauweise sind aus Mauerwerk unter vorzugsweiser Verwen- dung von Kalksandsteinen und Natursteinen her- zustellen; bei industriellen Bauweisen können Großblöcke aus Beton oder Ziegel angewendet wer- den.
4. Bankette und Fundamente für ein- und zweige- schossige Mauerwerksbauten sind vorzugsweise

in Ziegel- oder Natursteinmauerwerk ggf. in „Spick- beton“ auszuführen.

5. Wohn- und Werkstraßen, Hofbefestigungen und andere Wegbefestigungen mit geringer Verkehrs- beanspruchung sind nicht in Beton auszuführen. Die Verwendung von Beton ist auf Autobahnen, Fernverkehrsstraßen und hoch belastete städtische Hauptstraßen zu beschränken.
6. Für schwimmende Estriche darf Zementmörtel nur verwendet werden, soweit nachweisbar andere Baustoffe z. B. auf Anhydrit- oder Magnesitbasis nicht beschafft werden können.
7. Einsteigeschächte, Gruben und dergl. sind, soweit nicht Fertigteile verwendet werden, nicht aus Be- ton sondern aus Mauerwerk herzustellen.
8. Durchlässe und Unterführungen geringer Bedeu- tung mit Spannweiten bis zu 5 m sind in Mauer- werk auszuführen, sofern nicht Fertigteile vorge- sehen sind.

122. Angabe der Leistungspositionsnummer bei Anwendung des Festpreiskataloges für Bauhauptleistungen.

Verschiedentlich haben sich Investträger darüber be- schwert, daß die Entwurfsbüros es verabsäumen, die Leistungspositionsnummer des Festpreiskataloges in den Leistungsverzeichnissen aufzuführen. Das Nicht- benennen dieser Positionsnummer erschwert sowohl dem Investträger als auch dem Baubetrieb die Über- prüfung der Kostenpläne.

Die Entwurfsbüros haben deshalb in allen Fällen die Leistungspositivnummer und den einzelnen Festpreis des Festpreiskataloges entsprechend nachstehendem Muster anzuführen:

Beispiel:

1. 94,0 m³ Mauerwerk aus Vollziegeln MZ, 150 in M. Gr. II 24 cm dick und dicker, einschließlich Ein- mauern der Türdübels, der Geschoßdecken u. a. ein- bindender Bauteile im Kellergeschoß bis 3 m Höhe

Pos. 32011 = 1 m³ 66,69 DM

Pos. 32032 = 1 m³ —,86 DM

Pos. 32065 = 1 m³ —,41 DM

Pos. 32081 = 1 m³ 1,01 DM

je m³ 68,97 DM = 6 483,18 DM

123. Fachgebiete der zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik.

Gemäß der Verordnung vom 24. Juni 1954 über zen- trale Arbeitskreise für Forschung und Technik (GBl. S. 577) bestehen im Bereich des Ministeriums für Auf- bau Arbeitskreise.

Die zentralen Arbeitskreise für Forschung und Tech- nik haben die Aufgabe:

- a) die Dienststellen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei der Vorbereitung, Aufstellung, Kontrolle der Durchführung und Aus- wertung der Pläne Forschung und Technik sowie bei der Planung der Investitionen der naturwissen- schaftlich-technischen Forschungs- und Entwick- lungsstellen zu beraten und
- b) den Erfahrungsaustausch im Zusammenhang mit der Aufstellung und Durchführung der Pläne For- schung und Technik zu pflegen.

Nachstehend wird eine Übersicht der dem Ministerium für Aufbau zugeordneten zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik bekanntzugeben.

Das Fachgebiet des Arbeitskreises betreffende Anfra- gen sind an den Vorsitzenden des jeweiligen Arbeits- kreises zu richten.